

Saarbrücken, den 06.07.2022

## PRESSEMITTEILUNG

### **SSGT fordert eine baldige Konkretisierung der Pläne der Landesregierung zu einer Neuausrichtung der Kommunalfinanzen**

Mit Verwunderung und Erstaunen hat der Saarländische Städte- und Gemeindetag Andeutungen von Minister Jost wahrgenommen, einen neuen kommunalen Finanzausgleich möglicherweise auch gegen den Willen der Städte und Gemeinden durchzusetzen. „Mir ist klar, dass Diskussionen in Talkrunden politischer Stiftungen ab und an Äußerungen hervorbringen, die im Zusammenhang mit anderem hierbei Gesagten zu sehen sind und – einzeln betrachtet – missverständlich wirken können. Das ist auch der Grund unserer Verwunderung. Denn vor wenigen Tagen noch hat die Hausspitze des Innenministeriums im Gespräch mit uns zum Ausdruck gebracht, dass wir – Land und Kommunen – den Weg zur Neugestaltung des Kommunalen Finanzausgleich (KFA) gemeinsam beschreiten wollen. Und das ist auch gut so. Es ist nicht nur guter demokratischer Brauch, solche wesentlichen Fragen mit uns zu diskutieren, sondern geradezu existenziell für ein gedeihliches Zusammenarbeiten von Land und kommunaler Familie“, so Oberbürgermeister Jörg Aumann, Präsident des SSGT. Wenn der Minister davon spreche, dass der „Drops irgendwann auch mal gelutscht“ sei, sollte er zuerst das Bonbon auch mal auspacken, also seine Vorstellungen konkretisieren.

„Bisher sind die Ankündigungen der neuen Landesregierung zur Finanzierung der Kommunen noch sehr vage. Es fehlt allerorten an Geld, das ist ziemlich ernüchternd! Wir brauchen aber Klarheit nicht nur über die Planungen zum KFA, sondern auch darüber, wie die erheblichen Herausforderungen, vor denen die Städte und Gemeinden in den nächsten Jahren stehen, finanziert werden sollen.“, fordern Präsident Jörg Aumann sowie der stellvertretende Präsident, Oberbürgermeister Prof. Dr. Ulli Meyer. „Bund und Land erzeugen zudem seit Jahren Erwartungen bei den Bürgerinnen und Bürgern, die letztlich auch durch die kommunale Seite erfüllt werden müssen. Beispiele hierfür sind die Bewältigung des Klimawandels, der Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Grundschulen, die fortschreitende Digitalisierung der Verwaltung oder aktuell die Betreuung und die Versorgung der Ukraine-Flüchtlinge. Dies alles ist politisch sinnvoll, muss jedoch aber auch finanziert werden. Das muss auch das Land gegenüber dem Bund deutlich äußern. Und wenn Bundesmittel fließen, müssen diese eins zu eins an die Kommunen weitergeleitet werden“, betonen Aumann und Meyer.

Die Kommunen verlangen in einem ersten Schritt daher, dass nun rasch über die in Aussicht gestellten Infrastrukturprogramme und über eine sofortige Weitergabe der Bundesmittel an die Kommunen im Zusammenhang mit der Unterbringung der aus der Ukraine geflüchteten Menschen entschieden wird. Und konkret beim Thema KFA erwarte man klare Aussagen, wie und wann der nach Ansicht des SSGT zu kleine Finanztopf der Kommunen größer wird. „Wir brauchen eine Neuausrichtung der vertikalen Finanzbeziehungen, also strukturell mehr Geld vom Land und vom Bund.“ In den nächsten Tagen wird das Präsidium über den Start der neuen Landesregierung und das weitere Vorgehen beraten.